



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zur Geschichte Sachsens in den Jahren 1866 und 1870.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

nisation zum Heile der Arbeiterbevölkerung ins Leben rufen will, dann ist es nicht mehr eine Aufgabe der Wohlthätigkeit, sondern eine Forderung der Pflicht für alle Arbeitgeber, die Verwirklichung eines so segensreichen Zieles mit allen Kräften zu erstreben. Eine Industrie, welche nicht im Stande ist, ihren Arbeitern die Lebensbedürfnisse — und dazu gehört auch die Sicherung der Zukunft des Arbeiters — zu gewähren, hat kein Existenzrecht, denn nicht der gesellschaftliche Pauperismus, sondern der Wohlstand der Gesellschaft ist der Zweck aller gewerblichen Thätigkeit.

## Zur Geschichte Sachsens in den Jahren 1866 und 1870.\*)

### 1.

Der ungenannte Verfasser eines „Beitrags zur Geschichte der sächsischen Politik“ im 34. Bande der „Preussischen Jahrbücher“ (Novemberheft 1874) glaubt zu wissen, daß die Zeit der preussisch-sächsischen Friedensverhandlungen im Sommer 1866 größtentheils ausgefüllt worden sei durch Hin- und Herreden über eine Verzichtleistung der Dynastie auf den sächsischen Thron, und daß Graf Bismarck den Bevollmächtigten des Königs Johann sofort bessere Bedingungen in Aussicht gestellt habe, wenn ein Wechsel der Dynastie eintrete.

Beide Angaben sind irrtümlich, und zwar darf zum Beweise des Irrthums auf die damalige Mittheilung des einen dieser Bevollmächtigten, des vormaligen Gesandten Grafen Hohenthal (der andere Bevollmächtigte war der Staatsminister Frhr. v. Friesen), an ein dem Ersteren nahe verwandtes Mitglied des preussischen Herrenhauses Bezug genommen werden, zufolge welcher Graf Bismarck nach den ersten Begrüßungsworten, die er an die sächsischen Friedensunterhändler richtete, wörtlich folgendes geäußert habe: Preußen habe einen Fehler begangen, als es zu Nikolsburg in die Erhaltung des sächsischen Staatswesens willigte; nachdem aber dieser Fehler einmal gemacht sei, werde man

\*) Von dem früheren sächsischen Staatsminister Freiherrn von Friesen ist kürzlich unter dem Titel „Erinnerungen aus meinem Leben“ eine Darstellung des Antheils erschienen, den der Genannte an der politischen Geschichte Sachsens in den letzten 40 Jahren genommen hat. Wir gedenken das Buch, sobald es unsre Zeit gestattet, zum Gegenstande einer Besprechung zu machen, als deren Vorläufer der Abdruck der obenstehenden beiden Aufsätze dienen mag, die bereits vor sechs Jahren niedergeschrieben, von dem Verfasser aber erst jetzt infolge der Veröffentlichung des genannten Werks uns zur Verfügung gestellt wurden.

D. Reb.

preußischerseits die Folgen desselben ehrlich auf sich nehmen. „Und nun meine Herren,“ habe Graf Bismarck hinzugesetzt, „lassen Sie uns an unser Geschäft gehen.“

Die weitere Erzählung des Verfassers jenes Beitrags, daß als Ersatz für die Albertinische Dynastie an den Großherzog von Sachsen-Weimar gedacht worden sei, entspricht allerdings einem im Hochsommer 1866 durch die Tagespresse verbreiteten Gerüchte, und noch heute wird am Dresdener Hofe an der Legende festgehalten, daß der Bruder der Königin Augusta von Preußen die sächsische Königskrone edelmüthig ausgeschlagen habe.

Man übersteht aber hierbei — abgesehen von dem Umstande, daß zur nämlichen Zeit in der Presse davor gewarnt wurde, jene Andeutungen ernst zu nehmen (vgl. u. a. „Grenzboten“ vom 31. August 1866. S. 398.), daß bisher niemand zu sagen vermocht hat, von wem das angeblich dem Großherzoge gemachte Anerbieten ausgegangen sei, und ebensowenig bedenkt man, daß diese Combination, deren öffentliche Besprechung vielleicht dazu bestimmt gewesen ist, auf die Entschließungen des Königs Johann einen mittelbaren Druck zu versuchen, an mehrfachen innern Unwahrscheinlichkeiten leidet. Insbesondere waren die Beziehungen zwischen der großherzoglich sächsischen und der preußischen Regierung zu der angegebenen Zeit keineswegs so freundschaftlicher Natur, daß auf eine etwaige Unterstützung des fraglichen Gedankens durch den leitenden Minister Preußens irgendwie geschlossen werden könnte. Auch würde letzterer gegebenen Falls sich gewiß nicht verhehlt haben, daß es der großherzoglichen Linie kaum jemals gelingen dürfte, die Bevölkerung des ihr zugeordneten Landes mit dem Verluste ihres angestammten Fürstenhauses zu versöhnen. Vor allem aber hätte einem solchen Tausch- oder einem Annexions-Projecte der Sinn und Wortlaut des Artikels 5. der Nikolsburger Friedenspräliminarien (Art. 6 des Prager Friedens) entgegengestanden, wo es heißt:

Auf den Wunsch Sr. M. des Kaisers von Oesterreich erklärt Se. M. der König von Preußen sich bereit, den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem Er sich dagegen vorbehält, die künftige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des Norddeutschen Bundes durch einen mit Sr. M. dem Könige von Sachsen abzuschließenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Dagegen verspricht Se. M. der Kaiser von Oesterreich die in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, anzuerkennen.

An Verlockungen von außen, diese Vereinbarung zu umgehen, mag es allerdings für Preußen während der Verhandlungen mit Sachsen nicht gefehlt haben.

Schrieb doch Napoleon III. (der Anfang Juli eine Landestheilung vorge schlagen hatte, die sich in die Worte kleidete: Je souhaite que la Saxe ne disparaisse pas entièrement de la carte de l'Europe, und der wenige Wochen später die Selbständigkeit dieses Landes einen Augenblick völlig preisgab, nachdem er eine Zeit lang die österreichischen Wünsche in Betreff Sachsens zu den seinigen gemacht hatte) beim Beginn der Verhandlungen am 26. August 1866 aus St. Cloud an seinen Minister Rouher: Ne vaudrait-il pas mieux que la Prusse s'annexât la Saxe, pays protestant, et placer le roi de Saxe sur la rive gauche du Rhin, pays catholique? (S. diesen Brief bei Benedetto, Ma mission en Prusse S. 197.)

Wie dem aber auch sei, das eine wagt wohl heute niemand zu bestreiten, daß der preussische Ministerpräsident und nachmalige Kanzler des norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs sein den beiden sächsischen Bevollmächtigten mit großartiger Offenherzigkeit gegebenes Wort redlich eingelöst hat.

2.

In einem „Zur Geschichte Sachsens während der drei letzten Monate des Jahres 1806“ überschriebenen Aufsätze von dem verstorbenen Director des Haupt=Staatsarchivs zu Dresden, Geh. Rath Dr. von Weber (Archiv f. d. sächs. Geschichte, Jahrg. 1873, Bd. 11) findet sich auf Seite 8 folgende Stelle:

Am 16. October\*) erhielt der sächsische Gesandte zu Wien, Graf von Schönfeld, die Weisung, er solle dem dastigen französischen Gesandten de la Rochefoucauld\*\*) mittheilen, der Kurfürst habe die Erhaltung des Friedens auf das lebhafteste gewünscht, sei aber durch Umstände, welche dem Kaiser Napoleon nicht unbekannt geblieben, genöthigt worden, seine Truppen mit der preussischen Armee zu vereinigen. Der Kurfürst glaube aber, daß man diese Defensivmaßregel nicht als ein Zeichen der Feindseligkeit gegen den französischen Kaiser betrachten könne und daß dieser das Verhalten des Kurfürsten nach den Umständen beurtheilen werde.

Etwas Aehnliches ist vor der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 versucht worden.

Der sächsische Staatsminister, Frhr. von Friesen, befand sich damals zur Kur in Wiesbaden. Um zu der auf den 16. Juli anberaumten Sitzung des Bundesraths rechtzeitig in Berlin einzutreffen, mußte er direct dorthin reisen.

\*) D. i. noch ehe die Nachricht von der Niederlage bei Jena in Dresden angelangt war. Vgl. Ohren, Biographie des Grafen Marcolini, S. 111.

\*\*) Derselbe dieses Namens, der bis 1805 am Dresdner Hofe beglaubigt gewesen war.

Die Kürze der Einberufungsfrist gestattete ihm nicht, in Dresden seine Instruction von König Johann entgegenzunehmen. Der letztere sandte deshalb einen Rath des Auswärtigen Ministeriums mit Aufträgen für den Minister nach Berlin. Diese lauteten dahin, daß Hr. von Friesen sich im Bundesrathe für die Erhaltung des Friedens auszusprechen habe; sollte, wider Verhoffen, der Friede nicht erhalten bleiben, dann sei der König dafür, daß der Krieg mit Nachdruck geführt werde.

Der erste Theil dieser Instruction ist nicht zur Ausführung gelangt. Sei es, daß Hr. von Friesen selbst Bedenken gegen die Opportunität eines Friedenswunsches hegte, da es seit dem 13. Juli für jedermann erkennbar war, daß Napoleon III. mit Gewalt zum Kriege oder auf eine Demüthigung Preußens hindrängte, oder sei es (was das Wahrscheinlichere ist), daß der sächsische Minister in Berlin vertraulich darauf hingewiesen wurde, daß der Ausdruck eines solchen Wunsches unter den gegebenen Verhältnissen einer Parteinahme für den Kaiser der Franzosen gleichkomme, die zu einer entsprechenden Zurückweisung im Bundesrathe nöthigen würde, genug, das Protokoll der Bundesrathssitzung vom 16. Juli beschränkt sich darauf, zu erwähnen, daß Hr. von Friesen die Mittheilung des Bundeskanzlers durch eine Erklärung erwiederte, welche das Einverständnis der sächsischen Regierung mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums und der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage aussprach und mit den Worten schloß: „Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden.“ (Vergl. Nr. 6 der Druckfachen des Reichstags, erste außerord. Session 1870, S. 7.)

Bedürfte es für das Vorhergehende einer Bestätigung, so würde dieselbe einestheils in der Aeußerung zu finden sein, welche Hr. v. Friesen, im Beisein des sächsischen Gesandten, gegen einen Beauftragten des Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes that, als letzterer ihm das Protokoll vom 16. Juli im Correcturabzuge mit der Anfrage vorlegen ließ, ob die Erklärung seiner Regierung richtig wiedergegeben sei. Der sächsische Minister entgegnete nämlich, daß er dies nicht „durchweg zugeben könne, indem er Befehl gehabt habe, in erster Linie für den Frieden zu plaidieren; er wolle aber, obschon die vorliegende Fassung davon nichts enthalte, gegen dieselbe eine Einwendung nicht erheben.“ Anderntheils stehen dieser Antwort gleichzeitige Zeugnisse über die Vorgänge in der erwähnten Sitzung zur Seite, insofern die in der letzteren anwesend gewesenen Vertreter mehrerer Bundesstaaten (exklusive Preußens und Sachsens) auf Befragen jenem Beauftragten übereinstimmend versichert haben, daß sie von einem Friedenswunsche der sächsischen Regierung in der Rede des Hr. v. Friesen nichts vernommen hätten.

Die allem Anscheine nach beabsichtigte Rückendeckung gegen Frankreich (au

dessen militärische Ueberlegenheit zu jener Zeit nicht selten ebenso fest geglaubt wurde wie an die eventuelle Neutralität der süddeutschen Staaten und das Zustandekommen eines österreichisch-französischen Kriegsbündnisses), diese Rückenbedeckung war somit, was die Verhandlung im Bundesrathe betrifft, vorweg gescheitert, indem man gar nicht dazu kam, in dem oben angegebenen Sinne sich zu äußern, geschweige denn sich überstimmen zu lassen.\*) Was sächsischerseits daneben, etwa dem französischen Gesandten in Dresden, oder was etwa in Paris durch den dasigen sächsischen Gesandten oder was anderwärts durch eine vertraute Mittelsperson erklärt worden sein mag, läßt sich aus der Entfernung schwer beurtheilen.

In Berlin hatte der Zwischenfall begreiflicher Weise einen sehr ungünstigen Eindruck hinterlassen. Daraus ist es wohl auch im letzten Grunde zu erklären, daß die sächsischen Truppen beim Beginne der Kriegsführung unter dem unmittelbaren Befehle des Bundesfeldherrn in einer ehrenvoller Reservestellung zurückgehalten und erst, nachdem am 2., 4., 6., 14. und 16. August die Hälfte der Arbeit bereits gethan war, am 18. desselben Monats als äußerster linker Flügel an den Feind gebracht wurden,\*\*) wobei sie an zäher Tapferkeit keiner andern deutschen Truppe nachstanden. Andererseits wird man nicht fehlgreifen, wenn man annimmt, daß der Wunsch, jenen Eindruck möglichst in Vergessenheit zu bringen, dazu beigetragen habe, daß König Johann von Sachsen, zumal als nach der Capitulation von Sedan die erwartete levée en masse zur Vertreibung des Invasionsheeres nicht eintrat, im October eine eigene Decoration des Militär=Sanct=Heinrichs=Ordens für den König Wilhelm stiftete und dieselbe durch einen seiner Generaladjutanten dem siegreichen Heerführer in Versailles überreichen ließ, was dann wieder die Franzosen sehr übel aufgenommen haben.\*\*\*)

Bei einer Vergleichung der Eingangs erwähnten beiden Vorkommnisse darf man übrigens nicht außer Acht lassen, daß im Jahre 1806 zwischen Preußen und Sachsen nur eine thatsächliche, auf die Abwehr des französischen Heereszuges beschränkte Bundesgenossenschaft, kein tractatmäßiges Bündniß bestand†), während in dem zweiten Falle Sachsen verfassungsrechtlich einen

\*) Eine Abstimmung wäre nach Art. 11 der Norddeutschen Bundesverfassung nicht einmal formell zulässig gewesen.

\*\*\*) Vergl. Frhr. v. d. Goltz, Die Operationen der zweiten Armee, Seite 141, wo es heißt: Das Gardecorps, bisher für die Umfassung des feindlichen rechten Flügels bestimmt, mußte jetzt die deutsche Front der französischen gegenüber verlängern. Für jene Umfassung blieb allein das 12. (vgl. sächs.) Armee-corps übrig.

\*\*\*\*) Vgl. A. Memor (Pseudonym für Duc de Gramont), Passé et Présent, S. 179 in Verbindung mit desselben Autors L'Allemagne nouvelle, S. 293.

†) Vgl. v. Montbé, Die chursächsischen Truppen im Feldzuge 1806, I, S. 45 und 58.

Bestandtheil des Norddeutschen Bundes bildete, dessen Präsidium dem Könige von Preußen zustand. Mit andern Worten: Die Ehre Preußens war im Sommer 1870 Sachsens Ehre, und jeder Angriff auf die erstere war zugleich gegen letztere gerichtet.

Das scheint man damals in Dresden nicht genügend erkannt zu haben. Vielleicht auch ist es richtiger zu sagen, daß dem Grafen Beust in Wien seiner ganzen Individualität nach der Sinn für diesen nächstliegenden Gesichtspunkt abging und daß seine Rathschläge noch allzuoft den Sieg über die ursprünglichen Absichten davonzogen. Ist es doch, um ein früheres Beispiel dieses unheilvollen Einflusses anzuführen, eine unwidersprochene Behauptung\*), daß im Juli 1866 der genannte, weil er von dieser Reise das Ende seines Regiments fürchten mochte, den König Johann zurückzuhalten wußte, als letzterer nach dem Abschlusse der preußisch-österreichischen Friedenspräliminarien (deren Art. 5 den Territorialbestand Sachsens unverfehrt ließ) den Voratz aussprach, nach Nikolsburg zu eilen, um sich mit dem Sieger zu verständigen und daß jener aus dem nämlichen Beweggrunde auch den weitem Plan hintertrieb, den Kronprinzen mit einem Briefe seines Vaters in das preußische Hauptquartier zu senden, so daß König Wilhelm noch am 4. August bei der Durchreise auf dem Bahnhofe in Görlitz, wo ihn der preußische Civilcommissar in Dresden, Landrath v. Wurmb, begrüßte und nach dem Stande der Dinge fragte, sich sehr befremdet äußern konnte, daß er „von dem Könige von Sachsen nicht ein Wort gehört habe“.

Mit dieser Reminiscenz schließt sich die Kette der vorstehenden Aufzeichnungen; denn wer (wenn nicht etwa „der kleine Pifficus“\*\*) ist im Stande zu sagen, ob Graf Bismarck in den Julitagen 1870 an sein vier Jahre früher abgelegtes Bekenntniß eines begangenen Fehlers unwillkürlich sich erinnert habe? Zu verdenken wäre diese Gedächtnißregung dem Kanzler damals wahrlich nicht gewesen.

## Ernst Rietschels Jugenderinnerungen.†)

Unter den zahlreichen bereits für den Weihnachtsmarkt bestimmten Büchern und Büchlein fällt uns in hübscher Ausstattung eine besondre Ausgabe jener

\*) S. die Leipziger „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 5. Decbr. und die Wiener „Deutsche Ztg.“ vom 12. Decbr. 1874.

\*\*) So hat ein geflügeltes Wort Hrn. v. Friesen einmal charakterisirt, wogegen er in den Ministerien unter dem Namen „der kleine Krakehler“ bekannt ist.

†) Jugenderinnerungen von Ernst Rietschel. Separatabdruck aus der Biographie Rietschels von Andreas Oppermann. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1880.